

SED-Grundorganisation ML ringt um ein hohes Niveau aller Lehrveranstaltungen

Ausgangspunkt aller Überlegungen zur Erhöhung der Wirksamkeit unserer Arbeit in der Sektion ML bildet die Feststellung im Bericht des ZK an den X. Parteitag, daß in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft die Verantwortung der Wissenschaft und aller Wissenschaftler vor der Gesellschaft wächst. Daraus leiten wir in der SED-Grundorganisation Marxismus-Leninismus erhöhte Ansprüche an die Qualität unserer Arbeit ab. Für die Genossen des marxistisch-leninistischen Grundlagentextes ergibt sich daraus die Forderung, den Marxismus-Leninismus noch wirksamer als Wissenschaft zu lehren.

Lehre im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium die langfristige, gründliche Vorbereitung der ersten Studienwoche und der 13. FDJ-Studententage sowie die Einführung des Spezialkurses „Ökonomische Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ herausgearbeitet. Auf dem Gebiet der Forschung wurde auf die Durchführung der Kolloquien zu weltanschaulich-philosophischen, ökonomischen und sozialen Fragen der bedienbaren Produktion, der Anwendung der Mikroelektronik und der Robotertechnik und zu moralischen Problemen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf hohem Niveau orientiert.

Die Problematik der Vorlesungen und die Lebendigkeit der Seminare weiter bedeutend zu erhöhen sehen wir als Hauptweg zur Realisierung dieser Anforderungen an. Für alle Parteikollektive wurde in diesem Zusammenhang die Aufgabe gestellt, im Prozeß der weiteren Auswertung des XXVI. Parteitages der KPdSU und des X. Parteitages der SED durch grundlegende konzeptionelle Schlussfolgerungen die marxistisch-leninistische Theorie noch organischer in Einheit mit den Beschlüssen und Dokumenten der SED und der Bruderparteien zu propagieren. Als Schwerpunktmaßnahmen auf dem Gebiet Lehre und Erziehung wurden neben dem Anstreben eines hohen Niveaus der

Es gilt, in den Lehrveranstaltungen und in der propagandistischen Arbeit überzeugend die Aufgaben, die der Parteitag hinsichtlich der Sicherung des Friedens, der Weiterführung der Politik der Hauptaufgaben, der Stärkung der Arbeiter- und Bauern-Macht und der ideologischen Arbeit stellt, zu erläutern und unseren Anteil an der Lösung der Aufgaben als Angehörige unserer Hochschule sichtbar zu machen. Auf der Grundlage der guten Bilanz unserer Entwicklung geht es darum, die Studenten und Mitarbeiter für die Realisierung der anspruchsvollen Aufgaben der 80er Jahre zu begeistern.

Dr. Siegfried Menzel, SED-Go-Sekretär, Sektion ML



Aus den Händen von Genossen Heinz Bemann, Mitglied der SED-Bezirksleitung und Abteilungsleiter in der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED, erhielten weitere junge Mitarbeiter unserer Partei ihre Parteidokumente. Unser Bild zeigt einen Ausschnitt von dieser Veranstaltung.

Ich wurde Kandidat der Partei, weil ich ihre Politik bejahe und mich mit ihr identifiziere

In der Mitgliederversammlung der Sektion Technologie der metallverarbeitenden Industrie wurde die Studentin Elke Winkler — 78/58 — am 9. März dieses Jahres als Kandidat in die Reihen der Partei der Arbeiterklasse aufgenommen. Genossin Winkler bekräftigte den für sie folgerichtigen Schritt, den sie als Ausdruck ihrer vorbehaltlosen Bejahung der Politik unserer marxistisch-leninistischen Partei betrachtet, indem sie am 14. Juni frühzeitig und offen den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme gab.

Als sie ihre Bitte vortrug, Kandidat zu werden, betonte sie: „Ich zog diese Konsequenz aus meiner bisherigen Entwicklung im Elternhaus, in der Schule und während meines bisherigen Studiums. Als ich das Studium an unserer Hochschule begann, lernte ich auch meinen jetzigen Mann kennen. Wir heirateten, und schließlich erwartete ich ein Kind.“

Bei uns können sich ja Frauen entscheiden, ob sie ein Kind wollen oder nicht. Mein Mann und ich entschieden uns für unser Kind. Eine sehr gute ärztliche Betreuung während der Schwangerschaft bis hin zur Entbindung wurde mir zuteil. Unsere junge Familie erhielt im Wohnheim für Studentenehepaare mit Kind zwei Zimmer. Zudem bekamen wir noch einen Krippenplatz, so daß ich das Studium fortsetzen konnte. Bald darauf wurde unser zweiter Sohn geboren — und wieder spürte ich die allseitige Unterstützung. Auch für ihn erhielten wir einen Krippenplatz, bekamen eine

einmalige finanzielle Unterstützung sowie die monatliche staatliche Hilfe in Höhe von 80 Mark, das Krippengeld wurde uns erlassen ...

Auch wenn zwei Kinder während des Studiums eine große Belastung darstellen, entscheiden wir uns für die Fortsetzung meines Studiums, und ich bin dankbar, daß mir durch die großzügige Unterstützung unseres Staates diese Entscheidung doch leichter gemacht wurde. Unsere zwei Kinder wachsen und gedeihen.

Das freut uns, macht uns glücklich — und vielleicht noch empfindsamer für das Leid in vielen Teilen der Welt. So habe ich mit großer Bestürzung in der Zeitung kürzlich den Bericht eines salvadorianischen Jungen gelesen, daß „Soldaten auf den Hof gekommen sind und alten Kindern Bonbons geschenkt haben. Dann haben sie plötzlich den Vater an die Hauswand gestellt und erschossen. Die Mutter haben sie aufgehängt ...“

Ich frage mich: Ist das, was dort mit jungen und alten Menschen tagtäglich geschieht, fremdes Leid? Und: Was kann ich dagegen tun? Meine Antwort war und ist: Ich möchte helfen, unsere vom X. Parteitag beschlossene Politik Schritt für Schritt zu verwirklichen, möchte, daß meine Kinder — und alle Kinder der Welt — in Frieden leben können.

Deshalb wurde ich Kandidat der SED, und deshalb entschied ich mich für die richtige, gute und weisliche Politik unserer, meiner Partei.“

Unsere ROA-Bereitschaftserklärung ein konsequenter Schritt zur Sicherung des Friedens

Bei der Auswertung der Dokumente des X. Parteitages der SED galt unser besonderes Interesse den Ausführungen zum Verhältnis DDR-BRD und der Politik der SED zur Sicherung des Friedens als die wichtigste Aufgabe, die auch in den 80er Jahren vor uns steht. Dazu bestätigte uns der Diskussionsbeitrag des Genossen Heinz Hoffmann, daß wir mit unserer ROA-Bereitschaftserklärung einen konsequenten Schritt für die Sicherung des Friedens getan haben. Dieses Bekenntnis gilt es nun in der Arbeit unserer GST-Organisation und auch später in unseren Einsatzbetrieben mit Leben zu erfüllen, hier haben auch wir in unserer FDJ-Gruppe noch genügend Reserven.

Andererseits ist ein Kriterium für konsequentes Eintreten für den Frieden die Haltung zur Sowjetunion und ihren Friedensinitiativen. Heute ist es wichtiger denn je, daß sich alle friedliebenden und pro-

Wir stimmen mit dem Rechenberichtsbericht überein, wenn dort festgestellt wird, daß so frühzeitig wie nur möglich mit der Forschungsarbeit begonnen werden soll — auch in dieser Hinsicht haben wir in vier Jahren Erfahrungen gesammelt und konnten feststellen:

Forschen ist kein Lernfach oder eine Phase des Verschnaufens im Arbeitsprozeß, wo man sich Zeit lassen kann, sondern ein Bewährungsfeld, wo sich schon im Grundstudium herausstellt, ob der Student den Sinn seines Studiums verstanden hat, ob er sich dafür eignet oder nicht. Mancher, auch in unserer FDJ-Gruppe, mußte sich eingestehen, daß Lässigkeit, Gelassenheit, Überheblichkeit und auch mittelmäßige Studienleistungen kein Fundament für wissenschaftliche Höchstleistungen sind, sondern zum Hemmschuh werden. Unser Vorgehen besteht darin, die Arbeiten zum Großen Beleg verjüngert und in hoher Qualität zu erfüllen. Auch die



Am Wahltag trafen wir auch die Mitglieder der SG 77/16, MB, die wie viele andere FDJ-Kollektive, frühzeitig und geschlossen die Wahlhandlung vollzogen.

gressiven Kräfte zur Sicherung des Friedens zusammenschließen. Um die sowjetischen Erfahrungen für unsere Arbeit verallgemeinern zu können, wollen wir uns noch stärker damit beschäftigen und um den Titel „Kollektiv der DSP“ kämpfen. Die gegenwärtige Diskussion um die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa zeigt, daß wir uns im Kampf um Frieden und Völkerverständigung keinen Illusionen hingeben dürfen. Nur eine konsequente Politik der friedlichen Koexistenz, wie Genosse Erich Honecker im Bericht unterstrich, kann das Fundament eines stabilen Friedens in Europa sein. Dem stimmen wir voll zu.

Für uns Studenten sind die Erfordernisse und Aufgaben, die vor den Wissenschaftlern in unserer Republik stehen, und unsere Verantwortung als Absolventen gerade in den 80er Jahren natürlich von erstrangiger Bedeutung. Hier haben wir schon die ersten Schlussfolgerungen für die Arbeit in unserer FDJ-Gruppe bis zur Diplomverteidigung gezogen.

Anforderungen, die Genosse Erich Honecker an einen Absolventen unserer sozialistischen Hoch- und Fachschulen richtet — neueste wissenschaftliche Kenntnisse, anwendungsbereites Wissen und Fertigkeiten, reiche geistig-kulturelle Bildung, selbständige und verantwortungsbewußte Arbeit —, regen uns zum Nachdenken an. Haben wir schon alles erreicht, was möglich ist? Viele sind während des Studiums in der Persönlichkeitsentwicklung ein gutes Stück vorangekommen, aber immer bewegt uns, ob wir genügend grübeln, kann das Fundament eines stabilen Friedens in Europa sein. Dem stimmen wir voll zu.

Gunter Glowa, 77/16, MB

Kulturgruppen der TH sorgten am Wahltag für Schwung



Auch die Mitglieder der Singegruppe unserer Hochschule traten am Wahltag mit Ausschnitten ihres niveauvollen Programms auf.



Im Foyer eines Internates hatte die Vokal- und Instrumentalgruppe Aufstellung genommen und erfreute die Wähler mit ihren musikalischen Darbietungen.

Genosse Dr. Alfred Hupfer (ML)

Noch immer vom großdeutschen Wahn besessen

Aktuelle völkerrechtliche Betrachtungen über normale Beziehungen zwischen der DDR und der BRD

„Wir waren immer bereit, konstruktiv zur Entwicklung normaler, ja gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD beizutragen. Das wird weiterhin so sein.“ Mit diesen Worten bekräftigte Genosse Erich Honecker im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den X. Parteitag der SED erneut das Streben der DDR nach normalen Beziehungen zur BRD auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Der Entwicklung solcher Beziehungen stehen aber die fortgesetzten Versuche der BRD entgegen, unter Verletzung des Vertrages über die Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten entscheidende Prinzipien der Souveränität der DDR zu mißachten. Deshalb wird Genosse Honecker mit allem Nachdruck darauf hin, daß es in der Politik zwischen beiden deutschen Staaten nicht darauf an-

kommt, „gesamtdeutsche Sprüche zu klopfen“ und „sich an der Tatsache vorbeizudrücken, daß zwei deutsche Staaten existieren, die sich gegenseitig schon lange beschnitten haben, daß die Völkerrechtssubjekte sind“.

Er empfahl den herrschenden Kreisen in der BRD, „daraus in der praktischen Politik die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen und ... von der Annahme abzurücken, für ‚alle Deutschen‘ sprechen zu wollen“.

Damit unterstrich Genosse Honecker bereits in seiner Rede vor dem Geraer Bezirksparteitag im Oktober vergangenen Jahres enthaltene Gedanken. Dort hatte er betont, daß sich in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nur dann etwas bewegen könne, wenn ohne völlige Vorbehalte von der Existenz zweier souveräner, voneinander unabhängiger Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ausgegangen werde. Jegliches Streben des imperialistischen BRD-Staates, gegenüber der DDR eine Revision der

europäischen Nachkriegsordnung zu erreichen, müsse die Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten belasten, ja in Frage stellen.

Ein solides völkerrechtliches Fundament für die Regelung der Beziehungen wurde bereits im Dezember 1973 mit dem „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD“ gelegt.

Mit dem Artikel 1 wurde die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung als Ziel des Vertrages völkerrechtlich verbindlich vereinbart. In den Artikeln 2 bis 4 und 6 sind als Grundlage dafür all jene Prinzipien vertraglich vereinbart worden, wie sie im modernen Völkerrecht für die Beziehungen zwischen allen souveränen, unabhängigen und gleichberechtigten Staaten der Erde üblich sind (also auch solche Prinzipien wie die territoriale Integrität — Artikel 2 — und die Unverletzlichkeit der Grenzen — Artikel 3).

Trotz nicht zu verkennender Fortschritte im Verhältnis zwischen der DDR und der BRD waren die herrschenden Kreise der BRD hauptsächlich darum bemüht, eine völlige Normalisierung zu verhindern. Anstatt den Vertrag durch bilaterale Abkommen auf den verschiedensten Ebenen auszufüllen, ließen die herrschenden Kreise der BRD in völkerrechtswidriger Weise durch ein innerstaatliches Organ —

das Karlsruher Bundesverfassungsgericht — den Vertrag interpretieren und somit in der Substanz wieder zurücknehmen.

Entgegen allen gültigen Völkerrechtsnormen ging das Urteil dieses Bundesverfassungsgerichtes vom 31. Juli 1973 davon aus, daß der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen ... einen Doppelcharakter habe. Er sei einerseits ein völkerrechtlicher Vertrag mit der Geltungskraft wie jeder andere völkerrechtliche Vertrag. Andererseits aber sei es ein Vertrag, der vor allem innerdeutsche Beziehungen regelt, weil beide deutsche Staaten Teile des noch immer existierenden, aber handlungsunfähigen Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 seien.“

Dieses Urteil kommt einer Bonner Totenbeschwörung gleich. Das 1871 gegründete Deutsche Reich ist im Feuer des zweiten Weltkrieges untergegangen, und der deutsche Imperialismus selbst trug dafür die Verantwortung. Die Völker und Regierungen der Antihitlerkoalition stellten ihm mit ihren Proklamationen und Abkommen den Totenschein aus. Das ist die Wirklichkeit. Und das heute gültige Völkerrecht erkennt einen solchen untergegangenen Staat nicht als fiktiv weiterexistierendes Völkerrechtssubjekt an. Keiner der beiden Nachfolgestaaten, keines der beiden wirklich existierenden Völkerrechtssubjekte kann deshalb mit dem ehemaligen Deutschen Reich identisch sein —

auch wenn dies die BRD von sich behauptet und sie es zur Grundlage ihrer revanchistischen Politik nimmt.

Denn gerade diese Identitätstheorie war für die Karlsruher Richter der Kern für eine umfassende, juristisch verbrämte und in sich geschlossene Aggressionskonzeption gegenüber unserer Republik sowie gegen die Volksrepublik Polen, die CSSR, ja gegen die UdSSR.

Nach ihrer Auslegung versteht sich die angeblich mit dem Deutschen Reich identische BRD gegenwärtig als „unvollständig“. Nach Auffassung dieser noch immer vom großdeutschen Wahn besessenen Leute müßten die anderen Teile des Reiches der BRD nach „beitreten“ und dort das Grundgesetz — die Bonner Verfassung — in Kraft gesetzt werden.

Es versteht sich daher von selbst, daß eine letztlich auf solche grobenwahnsmäßigen, völkerrechtswidrigen und für den europäischen Frieden gefährlichen Thesen gestützte Politik gegenüber der DDR die Normalisierung des Verhältnisses zwischen der DDR und der BRD belasten und in Frage stellen muß. Eine solche Normalisierung ist nur dann möglich, wenn sich die BRD nach dem völkerrechtlichen Grundsatz „Pacta sunt servanda“ (Verträge müssen eingehalten werden) einzig und allein von dem mit der DDR abgeschlossenen Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen leiten läßt.

Unser Buchtip

Die Anatomie der Bedrohungslüge

Von Georg Grosnick

Herausgeber: Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR, Dietz Verlag Berlin 1981.

Zu den stereotypen antikommunistischen Parolen gehört die Lüge von der „Gefahr aus dem Osten“. Täglich wird die Bedrohungslüge in den imperialistischen Ländern in immer wieder neuer Gestalt und mit stets größerem Aufwand — vor allem in den Massenmedien — verbreitet. Diese als Jahrhundertlüge aufgebaute antikommunistische Position nimmt der Imperialismus zum Vorwand, die Aufrüstung zu forcieren und seine Absicht von der Politik der Entspannung zu begründen. In der Broschüre entlarvt der Autor dieses Lügensystem.